

# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Ein interessanter Beitrag des FDP-MdBs Frank Schäffler zur europäischen Einlagensicherung:

<https://prometheusinstitut.de/altmaiers-roadmap/>

Ansonsten verweise ich auf das Kuriositätenkabinett und die Wichtigkeit der Geschlechtergleichheit bei der Bekämpfung des Klimawandels. Das Europäische Parlament wird immer bizarrer.

## Europäischer Rat

Europäischer Rat bewilligt die Förderung von Energie-Infrastrukturprojekten

Die 28 Mitgliedstaaten haben am 25. Januar auf Vorschlag der EU-Kommission beschlossen, die Realisierung von 17 Projekten mit 873 Millionen Euro zu fördern. Die deutsche Stromtrasse SuedOstLink erhält 70 Millionen Euro.

Die Förderung wird über das Förderinstrument sConnection Europe Facility%o(CEF) gewährt. Förderfähig sind nur Projekte, die zuvor auf die Liste der sProjekte von gemeinsamem Interesse%aaufgenommen wurden.

Acht der in dieser Förderrunde ausgewählten Projekte betreffen den Elektrizitätssektor und erhalten 680 Millionen Euro. Hier von entfallen 578 Millionen auf den Bau eines weiteren Interkonnektors zwischen Frankreich und Spanien, der durch den Golf von Biskaya verlaufen wird. Es handelt sich

um die höchste jemals gewährte Finanzhilfe der CEF im Bereich Energie. Für vier Projekte im Gasbereich stehen 193 Millionen zur Verfügung.

Das einzige deutsche Projekt ist die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung-Leitung SuedOstLink, die von Wilmerstedt in Sachsen-Anhalt bis nach Isar bei Landshut führen soll. Sie dient dazu, Windstrom aus Norddeutschland in den Süden zu transportieren. Die EU stellt 70 Millionen Euro für Studien zur Verfügung. Der Bau selbst wird nicht bezuschusst.

Die Liste aller neu ausgewählten Projekte finden Sie unter:

[https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/list\\_of\\_actions\\_selected\\_for\\_receiving\\_financial\\_assistance\\_under\\_the\\_2017\\_cef\\_energy\\_call\\_for\\_proposals.pdf](https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/documents/list_of_actions_selected_for_receiving_financial_assistance_under_the_2017_cef_energy_call_for_proposals.pdf)

Ecofin befasst sich mit notleidenden Krediten und Vollendung der Bankenunion

Beim Treffen der EU Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) am 23.01.2018 standen erneut Maßnahmen zur Reduzierung und Teilung von Risiken im Bankenbereich auf der Agenda. Auf der Grundlage des jüngst vorgestellten Fortschrittsberichts der Kommission zum Abbau notleidender Kredite baten die Minister, auch weiterhin über den Zwischenstand und die für März 2018 geplanten Initiativen auf dem Laufenden gehalten zu werden. Gleichzeitig bekräftigten die Minister die Ecofin-Schlussfolgerungen vom Juni 2016, wonach zunächst maßgebliche Fortschritte bei der Risikoreduzierung erfolgt sein müssten,



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

bevor politische Verhandlungen zur Risikoteilung, konkret der Europäischen Einlagensicherung (EDIS) begonnen werden könnten. Gleichwohl wurde das Ziel geäußert, sowohl auf dem EUR-Gipfel am 22./23.03.2018 erneut über das Thema zu sprechen und zudem bis Sommer einen Fahrplan mit konkreten Vorgaben zu entwickeln.

<http://www.consilium.europa.eu/en/meetings/ecofin/2018/01/23/>

## **Europäische Kommission**

### Task Force Subsidiarität tagt zum ersten Mal

Am 25.01.2018 hat die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einberufene neue Task Force für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit erstmals getagt. Sie besteht derzeit aus sechs Mitgliedern; aus DEU ist Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt, als Vertreter des AdR dabei. Die übrigen Mitglieder sind weitere Vertreter des AdR sowie nationaler Parlamente. Für das EP hat die Kommission drei Positionen vorgesehen; das EP hat aber entschieden, keine Mitglieder zu benennen. Dies entspricht der Politik des EP, keine Mitglieder in von der Kommission einberufene Arbeitsgruppen, die sich mit Angelegenheiten befassen, in denen das EP Ko-Legislator ist, zu entsenden. Deshalb bleiben diese Positionen unbesetzt. Die Task Force arbeitet unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, und wird dem Kommissionspräsidenten bis zum 15.07.2018 einen Bericht vorlegen. Die

Task Force soll Empfehlungen zur besseren Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit erarbeiten und vorschlagen, in welchen Bereichen Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückübertragen oder ihnen endgültig zurückgegeben werden können. Darüber hinaus soll auch diskutiert werden, wie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften besser in die Gestaltung und Umsetzung der EU-Politik einbezogen werden können. Die Kommission hatte am 14.11.2017 bekannt gegeben, eine Task Force für Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit einzusetzen (vgl. BaB 21/2017).

<https://portal.cor.europa.eu/subsidiarity/TaskForce/Pages/welcome.aspx>

### Kommission stellt im Rahmen der Agenda zur Risikominderung ersten Fortschrittsbericht in Sachen Abbau notleidender Kredite vor

Die Kommission hat am 18.01.2018 ihren ersten Fortschrittsbericht zum Abbau notleidender Kredite (non-performing loans, NPL) in der EU vorgestellt und kommt darin zu dem Schluss, dass sich der positive Trend rückläufiger NPL-Quoten und steigender Deckungsquoten gefestigt und in der zweiten Jahreshälfte 2017 fortgesetzt hat. Konkret unterstreicht der Bericht, dass die NPL-Quoten zuletzt in nahezu allen Mitgliedstaaten zurückgegangen und im zweiten Quartal 2017 auf 4,6% gesunken sind, was im Jahresvergleich eine Absenkung von einem Prozent darstellt. Gleichwohl bleibt die Lage in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr heterogen: während nordeuropäische Staaten einen Anteil zwi-



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

schen 1-2% aufweisen, liegt der Anteil fauler Kredite in CYP bei 33% und GRI gar bei 46%. Insgesamt betont die Kommission aber, dass die Umsetzung des Aktionsplans des Rates vom Juli 2017 in der EU planmäßig verlaufe. Für März 2018 hat die Kommission ferner ein Maßnahmenpaket angekündigt, das die NPL-Bestände weiter absenken und deren erneutes Auflaufen in Zukunft verhindern soll. Angedacht sind dabei Vorschläge im Bereich aufsichtlicher Maßnahmen, bezüglich der Reformierung des Rahmens für Umschuldung, Insolvenz und Schuldeneinzug, in punkto Entwicklung von Sekundärmärkten für ausfallgefährdete Vermögenswerte sowie in Bezug auf die Förderung der Umstrukturierung des Bankensystems. Zudem fordert die Kommission EP und Rat auf, sich so schnell wie möglich auf den derzeit beratenen Vorschlag zu Unternehmensinsolvenzen zu einigen, da dies Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten dabei helfen könnte, frühzeitig Umstrukturierungen durchzuführen. Der für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und die Kapitalmarktunion zuständige Kommissions-Vizepräsident Valdis Dombrovskis wies bei Vorstellung des Berichts darauf hin, dass es zur Verringerung der Risiken im Bankensektor und zur Vollendung der Bankenunion unerlässlich sei, die Zahl der notleidenden Kredite zu senken. Insofern seien die bisher erfolgten, gemeinsamen Anstrengungen von Banken, Aufsichtsbehörden, Mitgliedstaaten und Kommission begrüßenswert, müssten aber weiter forciert werden. Schließlich könnten durch den NPL-Abbau Banken in allen EU-Ländern ihre volle Kapazität für die Kreditvergabe an

Unternehmen und private Haushalte zurückerlangen.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-18-266\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-266_de.htm)

## Mittel zur Förderung des Absatzes europäischer Agrarerzeugnisse aufgestockt

Am 12.01.2018 hat die Kommission mitgeteilt, dass sie zusätzliche Mittel in Höhe von 169 Mio. EUR zur weltweiten Förderung des Absatzes von EU-Agrarerzeugnissen bereitstellen wird. Die Kommission hat zur Einreichung von Vorschlägen aufgefordert, durch die Erzeugnisse der europäischen Landwirtschaft sowohl weltweit als auch innerhalb der EU gefördert werden sollen. Zur Mitfinanzierung der Programme stünden insgesamt 169 Mio. EUR zur Verfügung . gegenüber 142 Mio. EUR im Jahr 2017. Die Programme können eine große Bandbreite von Themen abdecken, von allgemeinen Kampagnen zu gesunder Ernährung bis hin zu einzelnen Marktsektoren. Zwei Drittel der verfügbaren Mittel sind für die Förderung des Absatzes von EU-Lebensmittelerzeugnissen in Nicht-EU-Ländern vorgesehen, insbesondere in den Ländern, bei denen großes Wachstumspotenzial im Bereich der Agrar- und Lebensmittelausfuhren der EU besteht, wie z. B. Kanada, Japan, China, Mexiko und Kolumbien. Bei Programmen innerhalb der EU sollte der Schwerpunkt darauf liegen, die Verbraucher über die verschiedenen EU-Qualitätsregelungen und über Logos für geografische Angaben und Bio-Erzeugnisse zu informieren. Spezielle Unterstützung erhalten Programme zur Förderung einer nachhaltigen Schaf- und Ziegenhaltung.



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Weitere Mittel sind für Kampagnen zur Förderung einer gesunden Ernährung und zur Steigerung des Konsums von Obst und Gemüse vorgesehen. Die Vorschläge müssen bis zum 12.04.2018 über das entsprechende Portal eingereicht werden. Im Herbst 2018 will die Kommission bekanntgeben, wer mit einer Förderung rechnen kann. Die Exekutivagentur der EU für Verbraucher, Gesundheit, Landwirtschaft und Lebensmittel, CHAFEA, stellt eine Reihe von elektronischen Werkzeugen zur Verfügung, um die Antragsteller bei der Einreichung ihrer Vorschläge zu unterstützen. Weitere Informationen werden im Rahmen verschiedener Infotage bereitgestellt, die in der gesamten EU abgehalten werden. Der erste Infotag wird am 31.01.2018 in Brüssel stattfinden und stehe allen potenziellen Begünstigten, Werbeagenturen und nationalen Behörden offen.

<http://ec.europa.eu/research/participants/portal/desktop/en/opportunities/agrip/index.html#c.calls=hasForthcomingTopics/t/true/1/1/0/default-group&hasOpenTopics/t/true/1/1/0/default-group&allClosedTopics/t/true/0/1/0/default-group&+PublicationDateLong/asc>

## Gemeinsame Erklärung über die Gesetzgebungsprioritäten der EU für 2018-2019

Am 13.01.2018 wurde die neue gemeinsame Erklärung über die Gesetzgebungsprioritäten der EU für 2018-2019 veröffentlicht. Die neue gemeinsame Erklärung wurde vom Präsidenten der Kommission Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten des EP Antonio Tajani und dem bis zum 31.12.2017 amtierenden Präsidenten des Rates und

Ministerpräsidenten Estlands Jüri Ratas unterzeichnet. Die Gemeinsame Erklärung enthält sieben prioritäre Bereiche: besserer Schutz der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, Reform und Entwicklung der Migrationspolitik im Geiste der Verantwortung und der Solidarität, neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, Einbeziehung der sozialen Dimension der Europäischen Union, Erfüllung der Verpflichtung, einen vernetzten digitalen Binnenmarkt umzusetzen, Verwirklichung des Ziels einer ehrgeizigen Energieunion und einer zukunftsgerichteten Klimaschutzpolitik und Weiterentwicklung der demokratischen Legitimität auf EU-Ebene. Mit der Gemeinsamen Erklärung wollen die drei EU-Organe vereint eine positive Agenda für eine integrativere und geeintere Union vorlegen und einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum nach 2020 erarbeiten, der für ausgewogene politische Maßnahmen der EU im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sorgen soll. Außerdem wurde ein Arbeitsdokument zur gemeinsamen Erklärung über die Gesetzgebungsprioritäten der EU für 2018-2019 veröffentlicht, in welchem die 31 Initiativen für eine integrativere, stärkere und demokratischere Union aufgelistet sind. Die 31 Initiativen sind neue Gesetzgebungsvorschläge der Kommission, denen im EP und im Rat Vorrang eingeräumt werden soll, um sie noch vor den Wahlen zum EP 2019 verabschieden zu können oder bis dahin substanzielle Fortschritte zu erzielen.

[https://ec.europa.eu/commission/publication/s/joint-declaration-eus-legislativepriorities-2018\\_en](https://ec.europa.eu/commission/publication/s/joint-declaration-eus-legislativepriorities-2018_en)



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

## Europäisches Parlament

### Neue Sitzverteilung nach dem Brexit

Nach dem Brexit . so der angenommene Bericht . soll ein Teil der frei werdenden britischen Sitze neu verteilt und der Rest in einer Reserve gespeichert werden. Die EP-Sitze würden damit 2019 zunächst von 751 auf 705 reduziert. Nach Auffassung des AFCO sollen 27 Sitze an 14 Mitgliedstaaten (MS) gehen, die heute gemessen an der Bevölkerung zu wenige MdEP haben. Dies sind: FRA 7+5, ITL 7+3, ESP 5+5, POL 5+1, ROM 3+1, NDL 2+3, SWE 2+1, AUT 1+1, DNK 1+1, SLK 1+1, FIN 1+1, IRL 1+2, KRO 1+1 und EST 6+1.

**Die Sitze für DEU bleiben unverändert bei 96**, da in Artikel 14(2) EUV eine Obergrenze von 96 pro MS festgelegt worden ist. Die übrigen 46 Sitze könnten nach Auffassung des AFCO für künftige Beitrittsländer und für sogenannte transnationale Listen reserviert werden. An Kandidaten aus länderübergreifenden Listen sollen mindestens 27 Sitze vergeben werden.

## Europäische Umweltagentur

### Autohersteller erreichen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für PKW und Lieferwagen in 2016

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat am 18.01.2018 ihren Bericht vorgelegt, der bestätigt, dass alle europäischen Automobilhersteller ihre Zielvorgaben 2016 für neue PKW und Lieferwagen erreicht haben. Die durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen neu zugelassener PKW lagen 2016 bei 118

g/km und somit rd. 1% niedriger als im Vorjahr, jedoch deutlich besser als das Ziel von 130 g/km in 2015. In DEU lag der durchschnittliche CO<sub>2</sub>-Wert für neu zugelassene PKW bei 126,9 g/km. Ab 2021 darf die gesamte Neuwagenflotte in der EU im Schnitt nur noch 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausstoßen. Bei Lieferwagen lagen die durchschnittlichen Emissionen bei 164 g/km. Der Wert liegt zwar deutlich unter dem Grenzwert von 175 g/km für 2015, jedoch deutlich über dem Grenzwert für 2020 von maximal 147 g/km. In DEU lagen die durchschnittlichen Emissionen für Lieferwagen bei 178,7 g/km. Mit durchschnittlich 102 g/km bzw. 103 g/km hatten Peugeot und Citroen die niedrigsten CO<sub>2</sub> Emissionen bei neu zugelassenen PKW in 2016. Mit 44% ist Toyota der Hersteller in Europa, der prozentual die meisten Fahrzeuge mit CO<sub>2</sub>-Emissionen unter 95 g/km zugelassen hat.

<https://www.eea.europa.eu/publications/co2-emissions-new-cars-and-vans-2016>

## Eurostat

### Öffentlicher Schuldenstand im Euroraum auf 88,1% des BIP gesunken

Am 24.01.2018 veröffentlichte Eurostat die Daten zum öffentlichen Schuldenstand im Euroraum (ER19) und der EU28 für das dritte Quartal 2017. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2017 sank der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 89,0% auf 88,1% für den ER19 und von 83,3% auf 82,5% in der EU28. Beim ER19 machten Schuldverschiebungen 80,3%,



# EUROPA

Freie  
Demokraten  
FDP Kreis Offenbach



# Newsletter

Kredite 16,5%, zwischenstaatliche Kredite 2,1% und Bargeld und Einlagen 3,1% des BIP aus. Bei der EU28 belief sich der Anteil der Schuldverschiebungen auf 81,4%, der Kredite auf 14,5%, der zwischenstaatlichen Kredite auf 1,6% und des Bargeldes und der Einlagen auf 4,2%. Die höchsten Verschuldungsquoten haben GRI, ITL und PTL, die niedrigsten EST, LUX und BUL. DEU liegt mit einer Verschuldungsquote von 65,1% des BIP im unteren Mittelfeld, was einem Rückgang von 0,9% im Vergleich zum zweiten Quartal 2017 und einem Rückgang von 4,1% im Vergleich zum dritten Quartal 2016 entspricht. Bei den Komponenten der Schulden in DEU liegt der Anteil von Schuldverschiebungen bei 47,6%, bei Krediten bei 17,0%, bei zwischenstaatlichen Krediten bei 2,1% und bei Bargeld und Einlagen bei 0,5% des BIP.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-18-424\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-18-424_en.htm)

## Aus dem Kuriositätenkabinett

### Gleichstellung ist Voraussetzung für Bewältigung des Klimawandels

In seiner Entschließung vom 16.01.2018 zu sFrauen, Gleichstellung der Geschlechter und Klimagerechtigkeit weist das EP darauf hin, dass die Gleichstellung der Geschlechter Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und die wirksame Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels ist. Das EP betont, dass Frauen nicht lediglich Opfer, sondern auch mächtige Akteure für Veränderungen seien, die durch eine vollständige Beteiligung effi-

ziente Klimastrategien ausarbeiten und umsetzen können. Als Produkt ihrer Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen und ihres praktischen Wissens können sie in verschiedenen Wirtschaftszweigen, von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei bis hin zu Energieinfrastruktur und nachhaltigen Städten, Klimaresilienz entwickeln.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0005+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## Auswahl und Redaktion:



## Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg  
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg  
E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

